

# Bayern auf links drehen - Unsere Vision eines gerechten Freistaats!

Überall nur Baustellen. Söder möchte Bayern zwar gerne als das beste Bundesland der Welt anpreisen, aber lieber Markus, dafür gibt es noch viel zu tun. Statt auf Krisen nur ein Pflaster zu kleben und zu schauen, ob das schon genug hilft, hätten wir ein paar Vorschläge, die tatsächlich an die Wurzel der Probleme gehen und für echte Veränderung sorgen.

Damit das gute Leben für alle in Bayern ankommt.

## Bildung

Das Bildungssystem in Bayern richtet sich nach Leistung und Selektion. Noch immer entscheidet der Geldbeutel über Bildungsqualität und -erfolg. Um Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, muss Bildung für alle gut sein – unabhängig von sozialem Status oder Hintergrund.

Starre Notenvergabe, das dreigliedrige Schulsystem und die fehlende individuelle Betreuung machen es unmöglich, gute Bildung für alle zu garantieren. Wir fordern daher unter anderem die Einführung von flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Ganztagsangeboten in allen Schulformen. Dadurch sollen alle Schüler\*innen, unabhängig vom Bildungsstand und den finanziellen Mitteln ihrer Eltern, Zugang zu Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Freizeitangeboten sowie einem ruhigen und sicheren Lernort bekommen können. Neben der Bekämpfung des Lehrkräftemangels benötigt es zusätzlich spezialisierte Fachkräfte, die ein gemeinsames, produktives Lernen jenseits der Leistungsorientierung möglich machen. Genauso müssen Querschnittsthemen wie Diversität und Rassismus einen Platz im Lehrplan finden. Wir benötigen außerdem eine Abkehr von der Sexual- und Familienaufklärung aus rein heteronormativer und reproduktiver Sicht. Der schulische Sexualkundeunterricht benötigt eine gendersensible Neuausrichtung, und die Durchführung muss zugunsten guter Aufklärung mithilfe von außerschulischen Akteur\*innen und Sexualpädagog\*innen bestritten werden. Inklusion muss nicht nur Teil des Lehramtsstudiums sein, groß angelegte Investitionen müssen den Weg zu einem inklusivem Bildungssystem bereiten, das wirklich barrierefrei funktioniert. Dazu gehört auch die Grundsatzinvestition, marode Schulhäuser in ganz Bayern zu modernisieren und zu angenehmen Lehrräumen zu machen sowie alle Lehrer\*innen, unabhängig von der von ihnen unterrichtete Schulart, gut zu bezahlen. Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende sind

außerdem auf einen vorhandenen, funktionierenden und kostenfreien ÖPNV angewiesen.

Auszubildende sind keine billigen Arbeitskräfte, sondern sollen in ihrer Ausbildung das Handwerk erlernen. Deswegen müssen Menschen in der Ausbildung über ihre Arbeitsrechte aufgeklärt werden, unter anderem an einem Gewerkschaftsinformationstag an Schulen, sowie durch gut geschulte Lehrkräfte. Genauso braucht es eine Arbeitszeitverkürzung bei steigender Ausbildungsvergütung. Außerdem muss es immer möglich sein, eine Ausbildung ohne Schulgebühren zu absolvieren – nur so werden Ausbildungen attraktiver. Dazu gehört außerdem eine angemessene Möglichkeit zur Berufsorientierung mit praktischem Bezug an Schulen, auch an Gymnasien. Außerdem wollen wir in Bayern eine umlagefinanzierte Ausbildungsvergütung schaffen, sodass Unternehmen und Betriebe, die nicht ausbilden, an den finanziellen Kosten beteiligt werden.

Studieren muss für alle möglich sein. Dafür benötigt es ein deutlich höheres BAföG und eine Lebenssituation, die ein stressfreies Studieren möglich macht, ohne Angst vor Mietanhebungen, Förderfristen, unflexiblen Lernzeiten und -orten oder zukünftiger Arbeitslosigkeit. Beschäftigte an einer Hochschule verdienen bessere und langfristige Arbeitsbedingungen sowie instandgehaltene Räumlichkeiten und Materialien, um die Qualität der Lehre zu sichern. Ebenso müssen Hochschulgremien paritätisch besetzt und ihre Arbeit durch Antidiskriminierungsstellen unterstützt werden. Auch die Studierenden müssen sich einbringen können, denn nur eine starke Vertretung der Studierenden mit klaren Kompetenzen kann sich spürbar für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen und im Interesse der Studierenden verhandeln. Deswegen wollen wir eine Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft. Hochschulen haben eine gesellschaftliche Verantwortung, durch Forschung können sie einen großen wissenschaftlichen Beitrag für Lösungen der sozial-ökologischen Krisen liefern, und dieser können sie nur mit einer angemessenen Ausstattung gerecht werden.

## Chancengleichheit

Horst Seehofer, früherer Bundesinnenminister propagierte einst ANKER-Zentren als Non-Plus-Ultra und rühmte sich mit angeblich bürokratisch einfachen Verfahren. Doch die Realität ist, dass die CSU in der bayerischen Staatsregierung seit langem ungeschlagen darin ist, immer wieder Grundrechte für Asylsuchende auszuhebeln und restriktive Wege zu suchen diese gesetzlich zu etablieren. Doch wir, als GRÜNE JUGEND Bayern machen Schluss mit menschenunwürdiger Integrationspolitik: Deshalb fordern wir die sofortige Abschaffung von ANKER-Zentren, sowie die Abschaffung von Abschiebe- und

Rückführungshaft, und Racial Profiling in Grenzkontrollen, um eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten und Menschen in Not zu garantieren. Um eine gelungene Integration zu ermöglichen, benötigt es zudem niederschwellige Zugangswege zu Sprach- und Integrationskursen, Schulen, Hochschulen sowie Ausbildungsstätten von Anfang an. Hierfür müssen bestehende Angebote ausgebaut und mit Maßnahmen zur Integrationshilfe verbessert werden. Hürden für Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt müssen schrittweise abgebaut werden. Hierfür müssen ausländische Abschlüsse anerkannt werden, sowie Sprach- und Integrationskurse ausgebaut werden. Um institutionellem Rassismus entgegenzuwirken, braucht Bayern endlich einen landesweiten Antirassistischen Aktionsplan.

Mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Doch das Gefälle zwischen Stadt und Land ist immer noch gravierend hoch! Wir als GRÜNE JUGEND Bayern wollen das ändern und endlich gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, vor allem für Jugendliche und junge Menschen im ländlichen Raum. Wir fordern deshalb den Ausbau von kostengünstigem ÖPNV und damit Bus und Bahn an jeder Milchkanne. Um echte Zukunftsperspektiven für junge Menschen auf dem Land zu schaffen, braucht es eine starke Infrastruktur im ländlichen Raum, Arbeitsplätze, bezahlbare Mieten und gute Lebensbedingungen. Um Leben auf dem Land für junge Menschen auch endlich attraktiv zu machen, braucht es eine lebendige Jugendkultur abseits von Vereinsmeierei, etwa durch konsumzwangfreie Jugendräume.

Damit wir, als junge Menschen auch bei uns vor Ort endlich mitentscheiden können, fordern wir die Abschaffung der Wahlaltergrenze und den Aufbau von Jugendparlamenten in jeder Gemeinde, denn Jugend ändert – auch auf dem Land! Doch auch Menschen ohne deutschen Pass sollten mitentscheiden können. Dass EU-Bürger\*innen bei Kommunalwahlen mitwählen dürfen, ist ein erster Schritt. Wier setzten uns dafür ein, dass alle Menschen die ihren Lebensmittelpunkt in Bayern haben das Wahlrecht erhalten.

## Feminismus und Queer

Noch immer leben wir im Patriarchat. Unter den Zwängen dieses Systems, welches Männern Herrschaft zuspricht, Frauen unterdrückt und anderen Geschlechtern und queeren Identitäten die Existenz abspricht, leiden wir alle. Jeden Tag versucht ein Mann, seine Partnerin oder Ex-Partnerin zu ermorden, jeden dritten Tag gelingt ein solcher Femizid. Häusliche und sexualisierte Gewalt sind in allen gesellschaftlichen Schichten eine Gefahr. Queere Personen können noch immer sehr häufig nicht zu ihrer Identität stehen, weil ihr Umfeld und die Gesellschaft für sie nicht sicher ist. Und wenn sie es tun, ist es mit vielen

Widerständen und bedrohlichen Situationen verbunden. Queere Männer und FINTA\* Personen werden beleidigt oder erleben Übergriffe und Gewalt. Das Patriarchat spricht FINTA\* täglich die sexuelle und körperliche Selbstbestimmung ab: Sei es durch eingeschränkten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, fehlende Aufklärung über queeren Sex oder tausende Hürden für beispielsweise trans Personen, die geschlechtsangleichende Maßnahmen wünschen. Queere Menschen brauchen Beratung und Unterstützung anstatt von erniedrigenden Behördengängen und finanzieller Belastung. Um die Diskriminierung von queeren Personen effektiv zu bekämpfen, braucht Bayern als letztes Bundesland endlich einen Aktionsplan für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Viele überwiegend von Frauen ausgeübte Berufe, beispielsweise in der Pflege oder Pädagogik, stehen unter katastrophalen Arbeitsbedingungen. Hier müssen die Löhne rauf und die Stunden runter! Denn die zugeschriebene „Freude am Helfen“ machen systematischen Stress und körperliche Belastung nicht wett. Und auch queere Menschen erfahren zu häufig Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Unser Ziel muss eine gleichberechtigte Gesellschaft sein, in der wir alle frei und sicher leben können, unabhängig von Geschlecht und Sexualität. Mit einem feministischen Bildungssystem, das schon Kinder in ihrer eigenen Grenzensetzung stärkt, über queere eThemen aufklärt und sich aktiv gegen sexistisches und queerfeindliches Verhalten einsetzt, kann ein Großteil von Diskriminierung abgefangen werden. Gleichzeitig zeigt es jungen queeren Menschen und Mädchen, dass sie nicht Schuld haben daran, dass sich die Gesellschaft nicht passend für sie anfühlt.

Zudem braucht es mehr Schutz vor Gewalt. Frauenhäuser müssen ausgebaut und solide finanziert werden. Auch braucht es mehr queere Schutzorte und Beratungsstellen. So ist es beispielsweise ein Unding, dass queere Geflüchtete in Sammelunterkünften unterkommen müssen, in denen sie ihre wahre Identität oft verstecken müssen und Angst vor Diskriminierung haben.

Für uns steht fest, dass Schwangere das alleinige Recht darauf haben, zu bestimmen, was mit ihrem Körper geschieht. Natürlich muss die Gesetzgebung dafür bundesweit geregelt werden, doch in Bayern besteht eine extrem schlechte Versorgungssituation, durch die die Entscheidungsfreiheit eingeschränkt wird. Wir fordern eine flächendeckende Versorgung und dass an allen bayerischen Universitätskliniken Schwangerschaftsabbrüche in das Leistungsspektrum aufgenommen wird. Außerdem gehören Schwangerschaftsabbrüche verpflichtend auf den Lehrplan des Humanmedizinstudiums.

## Gesundheit

Die Pandemie hat noch mal deutlich gezeigt: Unser Gesundheitssystem hat ein Problem. Pflegekräfte schieben andauernd Überstunden, Operationen müssen verschoben werden, Patient\*innen können kaum mitbestimmen und an einen Psychotherapieplatz zu kommen ist fast unmöglich. Gleichzeitig fahren Asklepios und Co. Millionengewinne ein.

Durch die schrittweise Privatisierung von Krankenhäusern, die Einführung des Fallpauschalensystems und den immer schlechteren Pflegeschlüssel wurde es für private Krankenhausbetreiber immer leichter, Profite auf Kosten unserer Gesundheit zu machen. Um die Versorgung wieder an dem zu orientieren, was tatsächlich gebraucht wird, braucht es eine Abkehr von der Profitlogik.

Wir brauchen viel bessere Arbeitsbedingungen inklusive progressivem Pflegeschlüssel, einer Aufwertung des Pflegeberufes in der Ausbildung und einem spürbar höheren Lohn. Dazu müssen Kliniken zurück in die kommunale Hand überführt und auskömmlich finanziert werden. Dafür fordern wir die Landesregierung dazu auf, das nötige Geld an die Kommunen zu zahlen, damit diese die privaten Krankenhäuser rückerwerben können. Die Frage, was vor Ort tatsächlich gebraucht wird, könnte ins Zentrum der Entscheidung rücken. Davon hätten wir alle etwas – gestalten wir das Gesundheitssystem neu, rücken wir Patient\*innen und Pflegekräfte in den Mittelpunkt!

Damit der ländliche Raum attraktiv bleibt, muss es eine dezentrale Gesundheitsversorgung geben. Wir setzen uns ein für dezentrale Gesundheitsversorgung auf dem Land.

Im Bereich der psychologischen Versorgung fehlt es hinten und vorne an verfügbarem Fachpersonal. Wir fordern die Einrichtung von Zentren für mentale Gesundheit, die vor allem niederschwellige Unterstützung im Falle von akuter psychischer Belastung bieten. Die mentale Gesundheit muss enttabuisiert werden, um Hemmschwellen abzubauen. Dazu fordern wir Psycholog\*innen in allen weiterführenden Schulen, sowie die Aufnahme von psychischen Krankheiten in den Biologieunterricht.

Wir setzen uns für die Legalisierung aller Drogen und umfangreiche Informations- sowie Präventionsmaßnahmen ein. Drogenkonsum birgt grundsätzlich verschiedene und zum Teil erhebliche Risiken, denen nach einer Legalisierung jedoch deutlich besser begegnet werden kann, um Konsument\*innen zu schützen. Auch in Bayern muss der rechtliche Rahmen geschaffen werden, um Kommunen und Bezirken die Möglichkeit zu geben, Drogenkonsumräume einzuführen.

## Inneres und Demokratie

Der Freistaat Bayern wird von der CSU gerne als das sicherste Bundesland betitelt. Dabei darf man sich immer die Frage stellen: Für wen ist dieses Bundesland vermeintlich sicher? Natürlich nicht für queere, migrantisierte, linke Menschen. Wir leben in einem repressiven (Frei)Staat, in dem der Zusatz „frei“ für viele nicht gilt. Als GRÜNE JUGEND Bayern stehen wir an der Seite der Betroffenen von staatlicher Diskriminierung und Polizeigewalt, denn für viele Menschen in Bayern ist die Polizei schon lange keine Freund\*in und keine Helfer\*in mehr. Nach NSU, rechten Chatgruppen und immer mehr Vorfällen von Racial Profiling fehlt uns das Vertrauen in die Polizei. Wir fordern daher eine unabhängige Ermittlungsstelle für Fehlverhalten der Polizei sowie eine unabhängige Rassismusstudie in der Bayerischen Polizei. Gegen Racial Profiling muss konsequent vorgegangen werden. Das sicherheitsfeindliche Polizeiaufgabengesetz muss abgeschafft und durch ein progressives und demokratiewahrendes Gesetz ersetzt werden. Einzuführen ist dabei eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen. Es muss weiterhin ein liberales Versammlungsfreiheitsgesetz geschaffen werden, in dem unter anderem das Vermummungsverbot aufgehoben wird. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat bereits zu oft bewiesen, dass seine Strukturen und Personalebenen von Nazis und Rechtsextremen unterwandert sind und seine Praktiken unsere Gesellschaft nicht sicherer machen. Wir fordern daher die Überwindung des Verfassungsschutzes in Bayern. Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist und bleibt der Rechtsextremismus. Die Landesregierung darf das nicht weiter verharmlosen und ignorieren, sondern muss endlich konsequent gegen diese Demokratie- und Menschenfeind\*innen durchgreifen. Eine konsequente Entwaffnung der Rechtsextremen und Reichsbürger\*innen ist dabei ein wichtiger Schritt.

Für die Betroffenen von staatlicher und nichtstaatlicher Diskriminierung muss endlich eine Antidiskriminierungsstelle durch die Landesregierung geschaffen werden. Wir stehen klar für offene Grenzen und streben eine Welt ohne Staatsgrenzen an. Grenzkontrollen jeglicher Form lehnen wir ab.

Wir streiten für eine erste Senkung des Wahlalters bei allen Wahlen auf 16. Perspektivisch streben wir eine Absenkung auf 0 Jahre an. Weitere Beteiligung junger Menschen, beispielsweise durch starke Jugendparlamente und Jugendbeiräte, muss auf kommunalen Ebenen gesetzlich verankert und mit der nötigen Durchsetzungskraft ausgestattet werden.

## Kultur

Kultur ist ein wichtiger Bestandteil unser aller Leben. Sei es zur Unterhaltung und Ablenkung in schwierigen Zeiten oder als Möglichkeit, politische Botschaften zu übermitteln. Erinnerungskultur ist insbesondere in Deutschland von immenser Bedeutung. Ohne Kultur wäre unser Alltag, unsere Städte und unser Zusammenleben sehr viel trister. Die Kulturschaffenden haben in den letzten Jahren durch Lockdowns und sehr harte Beschränkungen stark gelitten und viele hatten mit Existenzängsten zu kämpfen.

Kulturschaffende leben eben nicht von Applaus und den belegten Brötchen im Backstage. Deswegen braucht es verbindliche Mindestgagen und Mindesthonorare für die gesamte Branche. So kann Ausbeutung vermieden werden und Kulturschaffenden wird ermöglicht, tatsächlich von ihrer Kunst zu leben, statt noch auf Nebenjobs angewiesen zu sein. Auch eine soziale Absicherung ist dringend nötig für alle Formen der Beschäftigung in diesem Sektor. So können Ängste genommen werden und es bleibt Zeit sich dem eigenen Schaffen zu widmen.

Deutschland sieht sich gerne als Land der Dichter\*innen und Denker\*innen. Doch nicht nur Hochkultur hat hier einen Platz. In Bayern gibt es auch nicht nur Blasmusik. Nein, es gibt große Szenen an Subkultur, von der Tanz-, Literatur- und Musikszene bis hin zu Digitalkunst oder Film. Kreatives Schaffen ist so unterschiedlich wie die Schaffenden selbst. Diese Vielfalt braucht es und deswegen muss sie unterstützt werden. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen und -projekte und auch der Staat als Arbeitgeber sollen ihre Mittel in verschiedene Kunstformen investieren. Auch die sogenannte "Freie Szene" sollte stärker in den Fokus der Kulturförderung rücken. Durch ihre Ressourcen können sie Diversität in der Kulturszene fördern.

Ein wichtiges Instrument in der Kulturlandschaft Bayerns ist der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. Der Rundfunkrat kontrolliert, ob die Programmgrundsätze eingehalten werden, und kann die Intendanz wählen und beraten. Also ein Gremium, das einen großen Einfluss auf die bayerische Medienlandschaft hat. Doch von den 50 Mitgliedern ist nur eine Person nicht weiß und nur eine Person hat eine Behinderung. Ebenfalls sind Frauen deutlich in der Unterzahl. Das Bundesverfassungsgericht fordert gesellschaftliche Diversität und Parität in Aufsichtsgremien. Wann zieht Bayern also nach? Wir fordern einen diversen und paritätischen Rundfunkrat, denn so wird auch unsere Medienlandschaft vielfältiger und gleichberechtigter.

## Mobilität und Klima

Die Klimakrise ist da! Häufigere Hitzewellen und stärkere und öfter vorkommende Starkregen- und Unwetterereignisse sind inzwischen in jedem Sommer ein bestimmendes Thema. Trotzdem scheint Klimaschutz immer noch optional zu sein. Aber es gilt jetzt zu handeln, um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten. Dazu benötigt es vor allem auch in Bayern Anstrengungen, die zu einer Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beitragen und Bayern bis 2035 klimaneutral machen.

In der Landwirtschaft gibt es noch viel unabgerufenes Potenzial auf mehr Klimaneutralität zu setzen. So könnte der Einsatz von erneuerbaren Energien, mehr Humusaufbau, eine Renaturierung von Mooren oder mehr Forschung im Bereich klimafreundlicher Tierhaltung Großes bewirken.

Die Energiekrise ist ein Weckruf für uns alle: fossile Energien haben ausgedient. Statt auf die teuren LNG-Terminals zu hoffen, durch die Gas bis nach Bayern transportiert wird, muss vor Ort gehandelt werden. Das bedeutet: Weg mit der 10-H-Regel, die den Ausbau erneuerbarer Energien behindert. Windräder müssen schnell genehmigt und schnell gebaut werden. Außerdem muss Schluss sein mit der unsinnigen Debatte über Atomkraftwerke: Isar 2 muss abgeschaltet werden und abgeschaltet bleiben!

Verkehrspolitik in Bayern bedeutet seit Jahrzehnten Interessensvertretung für BMW und Audi. Das kostet Platz in den Innenstädten, sorgt für viele CO<sub>2</sub>-Emissionen und ist sozial ungerecht. Wir müssen den Fokus vom Auto weglenken auf andere Verkehrsmittel: Statt neuen Straßen benötigen wir einen Ausbau der öffentlichen Angebote, statt günstigen Parkplätzen in der Innenstadt breite und sichere Radwege. Deshalb fordern wir ein Moratorium für den Straßenneu- und -ausbau und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in ganz Bayern! Dazu gehört auch, dass Bau und Planung der zweiten Stammstrecke in München beendet werden. Stattdessen sollen Nord- und Südring zügig ausgebaut werden, um den Menschen weit vor Ende der 2030er-Jahre Entlastung zu bringen. Die freiwerdenden Mittel sollen in den Ausbau von Schieneninfrastruktur in Bayern investiert werden. Wir fordern die Reaktivierung aller stillgelegten Bahnstrecken in ganz Bayern und eine großzügige finanzielle Unterstützung von Straßenbahnprojekten in den Kommunen. Der ländliche Raum muss endlich ein angemessenes, klimafreundliches Mobilitätsangebot jenseits des eigenen, fossil motorisierten Autos bekommen. Dafür muss jeder Ort jeden Tag zwischen 5 und 24 Uhr mindestens eine stündliche ÖPNV-Anbindung haben.

Außerdem wollen wir auch auf dem Land Radwege massiv ausbauen und Elektro-Carsharing fördern. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die alle Menschen abholt!

Ein Nahverkehrsticket für ganz Bayern und Deutschland – unkompliziert und billig? Dass das funktioniert, hat das 9-€-Ticket bereits im Sommer bewiesen. Der Nahverkehr muss für alle Menschen bezahlbar sein. Deshalb fordern wir ein Ticket, das sich alle leisten können. Wir wollen weiterfahren!

## Soziales

Soziale Krisen scheinen allgegenwärtig. Das kapitalistische System sorgt für eine immer weiterwachsende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Sogar die Grundbedürfnisse eines großen Teils der Menschen sind nicht mehr gedeckt. Steigende Lebensmittelpreise, unerträglich hohe Mobilitätskosten und Mieten, die nicht mehr bezahlbar sind, führen zu der sozialen Krise, in der wir uns befinden. Dem müssen wir durch ein soziales Miteinander entgegenwirken. Hierfür ist ein staatliches Umverteilungsprogramm notwendig.

Wichtige Akteur\*innen der Sozialpolitik sind die Kommunen. Doch vielen Städten und Gemeinden, die sich aktiv um die Menschen kümmern wollen, wird ein Riegel vorgeschoben. Anstatt die finanzielle Ausstattung der chronisch unterfinanzierten Kommunen zu verbessern, wird erwartet, dass diese die Gebühren von freiwilligen Leistungen erhöhen. Doch gerade Stadtbibliotheken, Musikschulen und Jugendarbeit tragen einen unermesslichen Beitrag, dass von Armut betroffene Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern, dass die nächste Staatsregierung die finanziellen Mittel der Kommunen massiv erhöht!

Die bisherigen staatlichen Sicherungssysteme reichen nicht für ein menschenwürdiges Leben. Von den Betroffenen wird erwartet, dass sie ihr gesamtes Privatleben offenlegen, um Hilfe zu erhalten. Wenn sich Hilfebedürftige gegen prekäre Jobs und Ausbeutung entscheiden, wird die Hilfe gekürzt. Unter dem Deckmantel der Unterstützung findet ein Erziehungsprogramm statt. Das kann kein Modell für ein solidarisches Miteinander sein. Gerade in Zeiten der Krise ist der Staat in der Verantwortung, Arbeitsplätze zu schaffen. Der größte Arbeitgeber in Bayern ist der Staat selbst. Eine Jobgarantie für alle Menschen, die sich unfreiwillig in der Arbeitslosigkeit befinden, wäre ein Gewinn für beide Seiten; sowohl für die unterbesetzten Kommunen und staatlichen Ämter als auch für die Menschen. Wir fordern, dass der Staat dem wirtschaftlichen Abschwung entgegenwirkt, Stellen schafft und kräftig in die öffentliche Hand investiert. Außerdem braucht es endlich ein

umfassendes bayerisches Tariftreuegesetz. So entstehen sichere und angemessen bezahlte Jobs vor Ort!

Auch der Wohnraum in Bayerns Städten wird immer teurer und verschärft die soziale Lage. Der Freistaat Bayern sollte sich deswegen im Länderrat für einen Mietestopp einsetzen. Nach dem die Bayerische Landesbank 2012 Tausende von Wohnungen privatisierte und an die Dawonia (Patrizia) statt an die Kommunen verkaufte ist es an der Zeit diesen Fehler zu korrigieren. Der Freistaat muss deswegen den Bau neuer Sozialwohnungen in staatlicher Hand beschleunigen. Doch solange Konzerne die Marktmacht behalten werden Neubauten allein nicht reichen. Der Freistaat muss die Kommunen mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten um langfristig den privatisierten Wohnraum zurück zu kaufen. Nur wenn sich Wohnraum in öffentlicher Hand befindet können wir allen das Grundrecht auf ein Zuhause gewährleisten!